
Faktoren der Entwicklung der baltischen Parteiensysteme

Axel Reetz

Einig gegen die Sowjetunion

Zu Anfang der 90er Jahre scharten sich die Esten, Letten und Litauer wie mit einer Stimme hinter ihren Volksfronten, die dank Gorbatschows Perestroika 1990 bei den Wahlen zu den Obersten Sowjets der Republiken hatten kandidieren und freilich einen überwältigen Sieg einfahren dürfen. Am bekanntesten wurde im Westen damals der Führer des litauischen Sąjūdis, der Musiker Vytautas Landsbergis. Anschließend einigte der Drang nach – auch nationaler – Freiheit und Souveränität die Volksfronten. Dank möglicher Doppelmitgliedschaften bildeten diese breite Koalitionen von der Opposition bis zu den Reformkommunisten und waren im Baltikum stärker als in den anderen Staaten Osteuropas. Darum wurde das Ende der sozialistischen Diktatur nicht nur auf eine der drei von Klaus von Beyme beschriebenen Arten - Erosion der sozialistischen Regierung durch einen mit der Opposition ausgehandelten Wandel, Kollaps durch den Druck einer oppositionellen Massenbewegung oder gelenkten Wandel durch gewendete kommunistische Parteien - bewirkt.¹ In den ehemaligen Sowjetrepubliken sind vielmehr je nach Zeitabschnitt Ansätze aller drei Varianten zu finden. Den Anfang bildeten Gorbatschows "Glasnost" und "Perestroika". Ab etwa 1988 trotzte die Opposition der Moskauer Zentrale immer neue Freiheiten ab. Schon damals gab es große Demonstrationen gegen Russifizierung und Okkupation, die an den Barrikaden in Riga und Vilnius noch zu Jahresbeginn 1991 blutig niedergeschlagen worden waren.

Ein signifikanter, auf diesen historischen Umstand zurückzuführender Unterschied im Parteiensystem im Vergleich zu den offiziell auch schon vor der Wende souveränen Staaten des "Ostblocks" ist allerdings nicht auszumachen. Grundsätzlich ist die bloße Vielzahl der Parteien in den baltischen Republiken durchaus mit der deutschen zu vergleichen, und es wäre gänzlich falsch, in den neuen wie in den alten Demokratien von vornherein nur jene Parteien mitrechnen zu wollen, die zu einer bestimmten Zeit genug Unterstützung hatten und im Parlament waren. Die Geschichte hat gezeigt, dass kleinste Splitterparteien und Neugründungen keineswegs geringere Erfolgchancen haben müssen als die Etablierten. Gleichzeitig allerdings droht diesen ihrerseits in Osteuropa laufend das Schicksal einer vernichtenden Niederlage. Da eine Erwähnung sämtli-

¹ vgl. Beyme, Klaus von: Parteiensysteme und Demokratisierung in Osteuropa; in: Geschichte und Gesellschaft 3/92, S. 271-291, hier: Beyme, S. 278.

cher registrierter Parteien den Rahmen des vorliegenden Beitrages aber sprengen würde, werden nur jene Parteien berücksichtigt, die nach 1991 von Bedeutung waren, künftige Veränderungen nicht ausschließend.

Abb. 1: Ethnien in Estland 1992

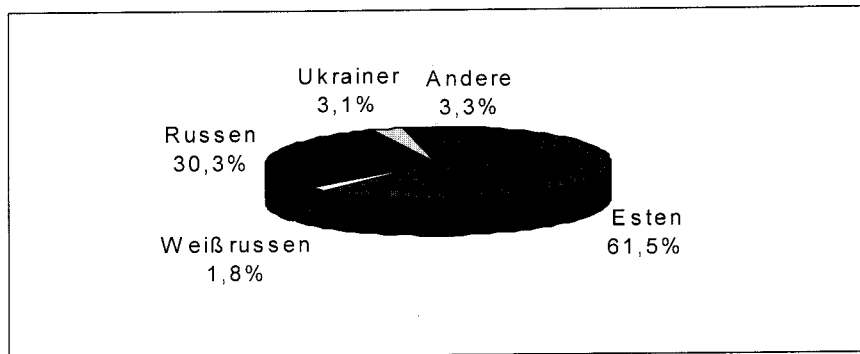
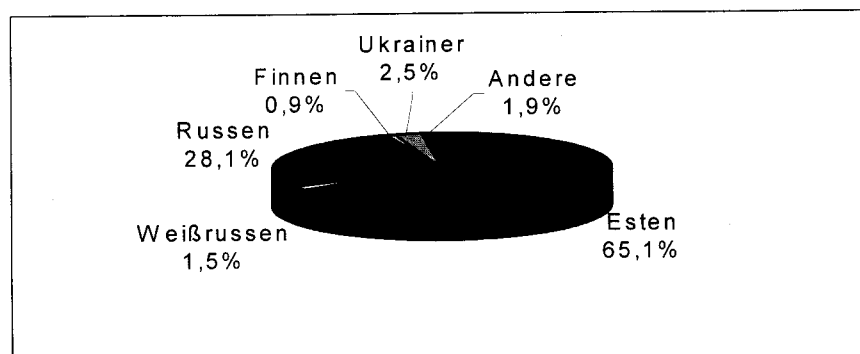


Abb. 2: Ethnien in Estland 1999



Politische Konflikte während der Zeit des "nationalen Erwachens"²

Die anfängliche Begeisterung legte sich natürlich, nachdem die Unabhängigkeit als wesentliches Ziel erreicht war und die ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten die singende Revolution einholten. Die Gesellschaft und mit ihr das Parteiensystem begannen sich aus den Volksfronten hinaus und auch neben ihr zu verändern und zu differenzieren. Die Auflösung der breiten Opposition war keine Überraschung.³

Nach der 1991 wieder gewonnenen Unabhängigkeit von der Sowjetunion dominierte anfangs - mit Ausnahme Litauens - folglich der ethnische Aspekt den politischen Diskurs. In Lettland und Estland ist ein großer Teil der Bevölkerung, vorwiegend Russen, im Rahmen der forcierten Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg aus anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion zugewandert, ohne dass die Mächtigen in Moskau dafür die Zustimmung der Titularnationen in den Ostseerepubliken eingeholt hätten.⁴ Die Litauer haben sich immer erfolgreich gegen diese Tendenzen gewehrt und haben darum heute eine russischsprachige Minderheit, die noch geringer ist als die historische polnische rund um die Hauptstadt Vilnius.⁵

In Estland und Lettland sind Nationalitätenkonflikte zwischen Staatsbürgern und Migranten aus anderen vormaligen Sowjetrepubliken bis heute aktuell, obwohl viele in den Anfang der 90er Jahre durchgeführten Referenden über die Unabhängigkeit mit „ja“ gestimmt hatten. In Lettland, wo bis zu den ersten Wahlen 1993 kein Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet worden war, geriet dieses Thema prompt zum wichtigsten während des Wahlkampfes und damit auch zu einem wichtigen Identitätsmerkmal der Parteien, deren Programme in wirtschaftlichen Fragen damals eher geringe Unterschiede mit Neigung zum Staatsinterventionismus aufwiesen. Da das Thema auch nach fast zehn Jahren Unabhängigkeit nicht als gelöst betrachtet werden kann, wie die Anwesenheit der OSZE-Missionen in den genannten Staaten belegt, hat dieses Kriterium an

² „Atmodas laiks“ nennen die Letten den Zeitraum von ungefähr 1987 bis zur Unabhängigkeit.

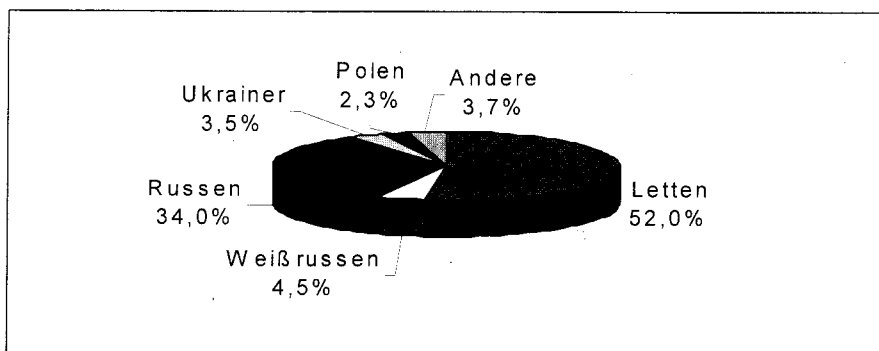
³ vgl. Juchler, Jacob: Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas; in: Osteuropa 2/94, S. 125-141, S. 127.

⁴ vgl. Eesti Konjunkturiinstituut, Baltic Facts, Tallinn 1992, S. 9 / Estnisches Außenministerium: Estonia Today, September 1999; Statistisches Zentralamt der Republik Lettland & IKD: Lettland, Statistische Kennzahlen 1999, Riga 1999, S.5; www.lrs.lt.

⁵ Litauen hatte zum einen im Mittelalter eine Personalunion mit Polen, zum anderen gehörte die heutige Hauptstadt Vilnius zwischen den beiden Weltkriegen, also während der ersten Unabhängigkeit, zum polnischen Territorium, was seinerzeit zu erheblichen Spannungen mit General Pilsudski führte. Kaunas war damals Hauptstadt.

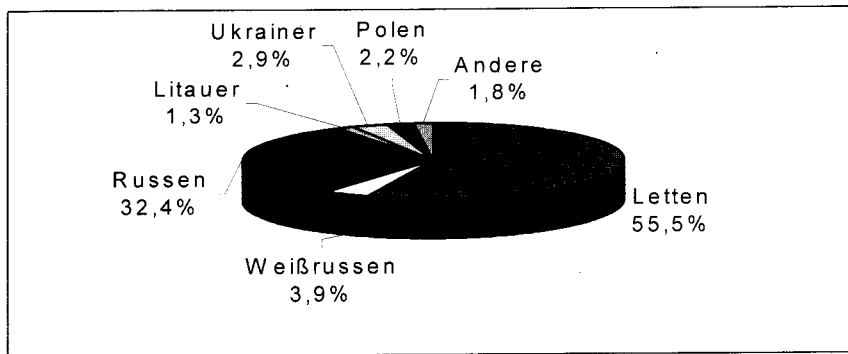
Wichtigkeit nur bedingt eingebüßt.⁶ Noch 1998 wurde zusammen mit den Wahlen ein Referendum gegen die erleichterte Einbürgerung durchgeführt, für das die damals immerhin gemeinsam in einer Koalition regierenden Parteien unterschiedliche Empfehlungen abgaben. Nationalismus erwies sich als wesentliche Möglichkeit, eine Mobilisierung der Bevölkerung zu erreichen. Die Gegner einer langsameren Einbürgerung der ethnischen Minderheiten siegten mit knappen 52,54 Prozent gegen 44,89 Prozent Befürworter. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass die Frage auf dem Abstimmungszettel sehr obskur formuliert war und von uninformierten Bürgern auch falsch verstanden werden konnte: Konkreter Gegenstand der Abstimmung war das betreffende Gesetz; wer die verschärften Bestimmungen ablehnen wollte, musste es mit „ja“ befürworten und umgekehrt.⁷

Abb. 3: Ethnien in Lettland 1992



⁶ Die Esten versuchen unter Meinungsführerschaft ihres Präsidenten Lennart Meri seit langem wenigstens die Aufgabe der Mission umzuformulieren, weil sie der Ansicht sind, dass aus einem zu beobachteten Problem längst ein alltäglicher Prozess geworden sei. Allein die Unzufriedenheit der Regierung mit der eigentlich im stillen verlaufenden OSZE-Arbeit belegt jedoch eher das fortgesetzte Erfordernis.

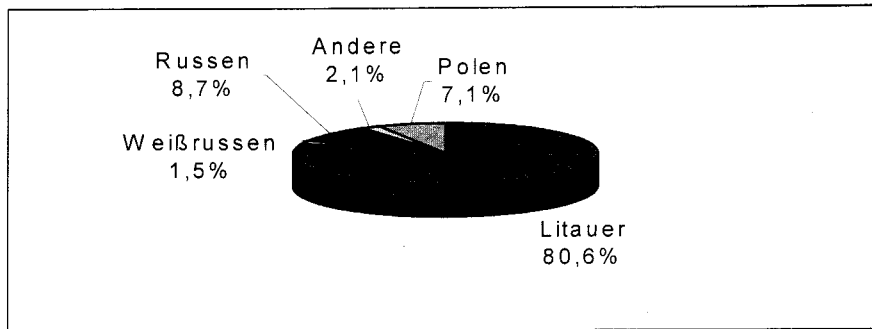
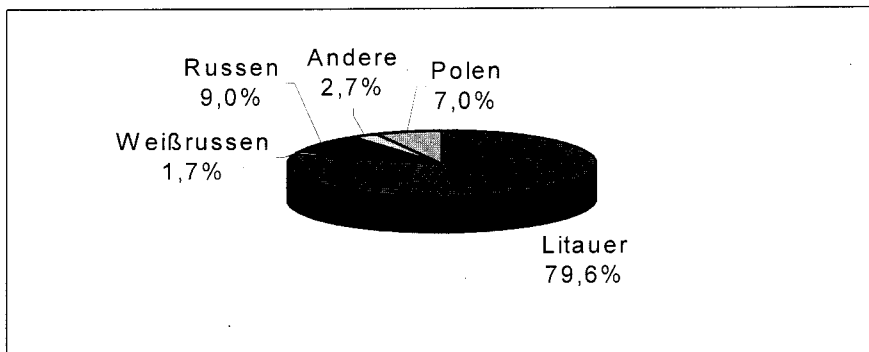
⁷ Staniszkis, Jadwiga: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa, S. 332; in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, S. 326-347, S. 326.

Abb. 4: Ethnien in Lettland 1998

Antikommunistisch waren hingegen alle Parteien mit Ausnahme vielleicht der Interfront⁸, die eigentlich keine Partei war, weil sie auch später nirgendwo kandidierte. Die Esten zogen den Schlussstrich am radikalsten, die rechts-nationalistischen Kräfte traten mit der Parole „plats puhtaks“⁹ an, was etwa tabula rasa bedeutet. Der Theorie von Lipset und Rokkan aus den 60er Jahren folgend ist die Gefahr vor allem in Lettland groß, dass der ethnische Konflikt sich in das Parteiensystem „einbrennt“, sich als cleavage dauerhaft etabliert. Da aber gleichzeitig ein Ende des Prozesses von Spaltungen, Vereinigungen und sogar Neugründungen abzeichnet, kann einstweilen in den baltischen Staaten Lipset und Rokkan folgend von einem Phänomen des gefrorenen Parteiensystems nach der Gründungsphase nicht die Rede sein.

⁸ Die Interfront war als Gegenbewegung zu den Volksfronten von jenen Personen gegründet worden, die den Erhalt der Sowjetunion anstrebten – und das waren keinesfalls nur russischsprachige Zuwanderer. Der Lette Alfreds Rūbiks, früherer Bürgermeister von Riga, saß gar mehrere Jahre für seine Unterstützung des Augustputsches in Moskau 1991 im Gefängnis und spielt nach seiner Entlassung 1997 nach wie vor eine Rolle im politischen Leben des Landes, wenn ihm eine Kandidatur für öffentliche Ämter wegen seiner Vergangenheit auch rechtlich untersagt ist.

⁹ Die direkte Übersetzung dieser Parole lautet: „den Platz säubern“.

Abb. 5: Ethnien in Litauen 1992**Abb. 6: Ethnien in Litauen 1996**

Für die weitere Untersuchung im Detail ist es notwendig, einführend einen kurzen Überblick über die wichtigsten Parteien, ihre ideologische Stellung und die politischen Akteure zu geben.¹⁰

¹⁰ Eine komplette Darstellung der zu sämtlichen Wahlen in den baltischen Staaten angetretenen Parteien bis 1994 findet sich in: Axel Reetz: Wahlen im Baltikum seit 1990. Parlamente in den Paradoxien der Selbstbestimmung, Zeitschrift für Parlamentsfragen Sonderband 1995, S.300-324 und für die zweiten freien Wahlen 1995 und 1996 in Axel Reetz: Demokratische Transformation im Baltikum, Zeitschrift für Parlamentsfragen 1999.

Die Parteienlandschaft Estlands

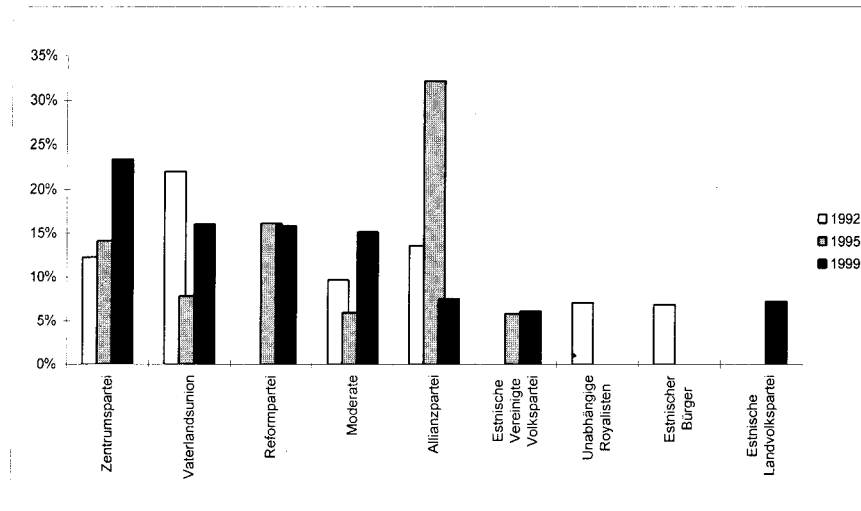
Für den Fall Estland ist charakteristisch, dass die Parteien unbeständig sind, neue auftauchen, alte verschwinden, vormals starke Fraktionen beinahe das Tal der Bedeutungslosigkeit durchwandern, um anschließend wieder großen Einfluss zu haben. Für die führenden Politiker gilt dieselbe Beobachtung. Estland hat zur Zeit den zweiten Premier in seiner zweiten Amtszeit.

- Die Allianzpartei (Koonderakond) ist eine aus der Volksfront hervorgegangene Kraft, um die außerdem kleinere agrarische Parteien sowie die Familien- und Rentnerunion oszillieren. Tiit Vähi, wesentliche Galionsfigur zu Volksfrontzeiten, war vom Rücktritt Edgar Savisaars bis zu den Parlamentswahlen 1992 für eine Übergangszeit einige Monate Ministerpräsident und konnte 1995 ebenfalls die Wahl gewinnen. Er wurde jedoch nach einem Skandal durch Mart Siimann abgelöst und bewegt sich heute nicht mehr in der Politik. Die Allianzpartei ist eine liberale Kraft, die sich jedoch nicht zuletzt durch den Einfluss der Agrarier in einigen Punkten vom Staatsinterventionismus nicht ganz lossagen kann. Deren stärkster Vertreter ist der frühere Vorsitzende des Obersten Sowjets und Vaterfigur des Unabhängigkeitskampfes, Arnold Rüütel. Dieser populäre Politiker wurde 1992 beinahe vom Volk direkt zum Präsidenten gewählt, unterlag jedoch wegen der ungewöhnlichen Regelung, dass die Stichwahl zwischen ihm und dem konservativen Kandidaten Lennart Meri schließlich im Parlament stattfand, wo die Rechtsnationalen eine Mehrheit hatten.
- Die Zentrumspartei (Keskerakond) steht ganz unter ihrem Führer Edgar Savisaar und ist in den Jahren in der Opposition vor allem populistischer geworden. Savisaars Regierungsbeteiligung nach der Unabhängigkeit beschränkte sich auf die wenigen Monate von Frühjahr bis Herbst 1995 als Innenminister und Mehrheitsbeschaffer für Tiit Vähi, der ihn zu Volksfrontzeiten im Amt des Regierungschefs abgelöst hatte. Savisaar musste nach einem Skandal als Minister und Parteichef zurücktreten.¹¹ Da die Zentrumspartei nicht viele Persönlichkeiten hat, zog sie sich gleich ganz aus der Koalition zurück, um den alten Vorsitzenden nach einer Schonfrist wiederzuwählen. Seither kennt Savisaar darum unter den anderen Parteien nur politische Gegner, die ihm 1999 folgerichtig trotz relativen Sieges die Macht streitig gemacht haben. Savisaar ist überraschenderweise in Estland trotzdem allgemein und vor allem unter

¹¹ Savisaar hatte während der Koalitionsverhandlungen mit der Allianzpartei seine Gespräche heimlich aufgezeichnet. Dieser Umstand wurde erst ein halbes Jahr später publik.

den Nicht-Esten sehr beliebt. Eine Mehrheit würde ihn Meinungsumfragen zu Folge bei Direktwahlen zum neuen Präsidenten wählen.

Abb. 7: Dynamik der estnischen Parlamentsfraktionen



- Die Vaterlandunion (Isamaaliit) steht nach wie vor unter der starken Persönlichkeit des Historikers Mart Laar, der seit verganginem Frühjahr zum zweiten Mal einer Regierung vorsteht. Auf Laar und seine politischen Freunde gehen die radikalen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft Estlands zurück. Die Vaterlandunion hält nicht viel vom Sozialstaat sondern vertraut ganz auf die Motivation des Einzelnen, sich selbst zu helfen. Vor der letzten Parlamentswahl hat sich Vaterland mit der schon fast marginalisierten Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei, dem Koalitionspartner von 1992-1994 zur Vaterlandunion vereinigt.
- Bei den Moderaten (Möödukad) unter dem ehemaligen Premier der Übergangsregierung von 1994/95, Andres Tarand, handelt es sich um einen heterogenen Zusammenschluss aus den Sozialdemokraten, die ihrem Namen kaum Ehre machen, und einer weiteren der vielen agrarischen Parteien. Die dauerhaft mit Mart Laar koalierende Partei versteht sich zwar immer als das soziale Gewissen der Regierung, trägt aber letztlich deren ultraliberale Wirtschaftspolitik mit, was ebenso überraschend ist für eine Bauernpartei wie für Sozialdemokraten. Vor den Wahlen 1999 entstand die Volkspartei Moderate durch eine Vereinigung mit der winzigen Volkspartei des Exilesten Toomas

Hendrik Ilves, der schon unter Mart Siimann von der Allianzpartei als partei- loser Außenminister fungierte und dasselbe Amt seit dem Regierungsantritt der Koalition von Mart Laar wieder einnimmt.

- Die erst 1994 gegründete Reformpartei (Reformierakond) des früheren Chefs der estnischen Nationalbank, Siim Kallas, ist unter den wirtschaftspolitisch liberal eingestellten Parteien Estlands die radikalste. Dass in seiner Amtszeit als Präsident der Nationalbank bei einem Spekulationsgeschäft zehn Millionen US-Dollar verloren gingen, hat den weiteren Erfolgsgang Kallas' nicht verhindert. Er ist jetzt Finanzminister und hat jüngst sein Steckenpferd, die Abschaffung der Unternehmensbesteuerung auf Reinvestitionen durchgesetzt.

Die Parteienlandschaft Lettlands

Das lettische Parteiensystem unterscheidet sich in seiner Dynamik dadurch, dass es einige Namen mehr kommen und gehen sah, weshalb die Liste für die drei bisherigen Wahlen etwas länger ausfällt.

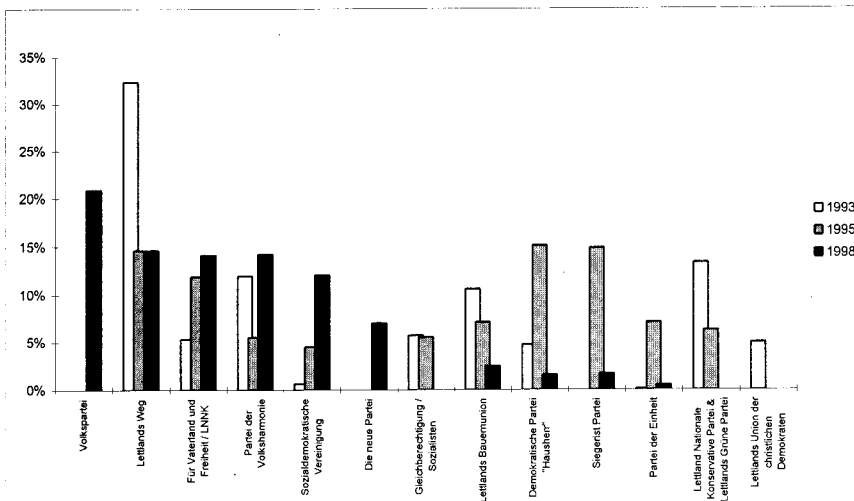
- Lettlands Weg (Latvijas Ceļš), eine im wesentlichen liberale Gruppierung, ist seit den ersten Wahlen 1993 die einzige Partei, die ununterbrochen an der Macht ist. Mit Valdis Birkavs, Māris Gailis und Vilis Krištopāns hat die Partei schon drei Ministerpräsidenten gestellt. Birkavs war anschließend der am längsten amtierende Außenminister in ganz Osteuropa, bis er vergangenen Sommer Justizminister wurde.
- Die aus der ehemaligen Unabhängigkeitsbewegung LNNK hervorgegangene Lettlands Nationale Konservative Partei (Latvijas Nacionāli Konservatīvā Partija) arbeitet nach wie vor zusammen mit Lettlands Grüner Partei (Latvijas Zaļā Partija), die sich im Gegenteil zu ihren westeuropäischen Schwesterparteien schon immer als wertkonservativ bezeichnete. Nach langjährigem Tauziehen um die Vorherrschaft im national-konservativen Lager mit der nationalistischen Partei Für Vaterland und Freiheit (Tevzemei un Brīvībai) kam es schließlich 1997 zur Vereinigung.¹² Letztere Partei hat über Jahre hinweg vehement gegen jede Liberalisierung der Einbürgerung der in Lettland starken Minderheiten gekämpft und sich für eine Verschärfung der Sprachgesetzgebung eingesetzt, letztlich aber in Koalitionen mit Lettlands Weg alle unter anderem von der OSZE geforderten Änderungen mitgetragen. Zusammen mit

¹² Die dabei abgespaltenen dritten Parteien sind alle anschließend am Wählervotum gescheitert.

den Wahlen 1998 fand ein Referendum über das Staatsbürgerschaftsgesetz statt, für das die Regierungspartner ihren Wählern entgegengesetzte Empfehlungen gaben.

- Der Deutsche Joachim Siegerist hatte vor den Wahlen von 1995 seine eigene Partei, die Volksbewegung für Lettland - Siegerist-Partei (Tautas Kustība Latvijai - Zigerista Partija) gegründet, nachdem er in der ersten Legislaturperiode nach der Unabhängigkeit aus der LNNK ausgeschlossen worden war. 1993 hatten die Politiker der LNNK Siegerist gern in ihre Reihen aufgenommen, weil er als ausländischer Geschäftsmann die nötigen finanziellen Mittel für eine umfangreiche Werbeaktion hatte, die ob ihrer Schärfe und Polarisierung jedoch nach verbreiteter Meinung zum relativen Misserfolg beitrug. Siegerist nahm sein Mandat wegen mangelnder Sprachkenntnisse dann so gut wie nie in Anspruch. Programmatisch vertritt Siegerist einen Wirrwarr aus Antikommunismus und Unterstützung für das einfache Volk gegen das Establishment, obwohl er als Geschäftsmann sein Geld durch den Import und Verkauf westlicher Produkte in Lettland verdient. Das setzt er immer wieder geschickt ein, um Rentner zu unterstützen oder die Finanzierung medizinischer Behandlung für kranke Kinder inklusive ihrer Überführung nach Deutschland zu übernehmen. Siegerist bestätigt damit die verbreitete Meinung, dass die anderen Politiker nur in die eigene Tasche wirtschaften. Gleichzeitig weiß er mit Äußerung seiner Skepsis aus dem Unverständnis und der Angst der Menschen vor den internationalen Organisationen wie der EU Kapital zu schlagen.

Abb. 8: Dynamik der lettischen Parlamentsfraktionen



- Die Demokratische Partei Hausherr (Demokrātiskā Partija Saimnieks) unter Führung von Ziedonis Ēvers gehörte 1995 zu den großen Siegern der Wahl. Ziedonis Ēvers, früherer Chef des sozialistischen Jugendverbandes Komso-mol, durfte im Auftrag des Präsidenten sogar versuchen, seine politischen Freunde aus dem Nationalen Versöhnungsblock an die Macht zu bringen, was jedoch scheiterte. Unter diesem Namen hatten sich die links-populistischen Parteien zusammengefunden, um sich gegen den Nationalen Block abzugrenzen, der ursprünglich von LNNK und Für Vaterland und Freiheit in Opposition gegen Lettlands Weg gegründet worden war, wegen der unübersichtlichen Mehrheitsverhältnisse aber 1995 just um diese Partei erweitert wurde. Das war weniger verwunderlich, weil der eher links-populistische und eine russlandfreundliche Politik propagierende Politiker damals mit dem Deutschen Joachim Siegerist zusammenarbeiten wollte, welcher seinerseits den Kampf gegen frühere Kommunisten propagierte. Die Partei der Volksharmonie (Tautas Saskaņas Partija) unter Jānis Jurkāns hatte wegen ihrer russlandfreundlichen Rhetorik und der sozialstaatlichen Programmatik ihre Hochburg schon immer im ethnisch stark gemischten und vergleichsweise armen Südosten des Landes. Dies hat bisher freilich verhindert, dass die Partei je an einer Regierung beteiligt war. 1994 kam es zu einer Spaltung und anschließend zu einer weiteren Wende nach links durch die Zusammenarbeit mit den Sozialisten von Alfrēds Rubiks. Dieser darf allerdings selbst nicht kandidieren, weil er im Rahmen der Interfront 1991 versucht hatte, den Moskauer Putsch gegen Gor-

batschow zu unterstützen, wofür er für mehrere Jahre ins Gefängnis musste. Rubiks war damals Bürgermeister der Hauptstadt Riga.

Die Koalition Sozialdemokratische Vereinigung aus Lettlands sozialdemokratischer Arbeiterpartei und Lettlands Demokratischer Partei der Arbeit entstand nur aus Einsicht in die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit. Die erste der beiden Parteien, hervorgegangen aus der Volksfront, hatte sich bei der Wahl 1993 noch deutlich von der Schwesterpartei abzugrenzen versucht. Die zweite Partei unter Juris Bojārs¹³ ist der programmatisch zur Sozialdemokratie mutierte Rest der lettischen Kommunisten, die sich im Laufe des Umbruchs von der zur KPdSU gehörenden lettischen kommunistischen Partei getrennt hatte. Die Sozialdemokraten waren nach zwei erfolglosen Versuchen 1998 endlich doch ins Parlament und beinahe sogar an die Regierung gekommen. Nach anfänglicher parlamentarischer Stützung des Kabinetts Krištopans, das über keine eigene Mehrheit verfügte, stürzte der Ministerpräsident jedoch, ehe eine konkretere Form der Zusammenarbeit fixiert werden konnte.

Die Parteienlandschaft Litauens

Das Parteiensystem in Litauen zeichnete sich während der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit durch seine Stabilität auf der einen wie durch seine Fähigkeit zu klaren Mehrheitsverhältnissen auf der anderen Seite aus.

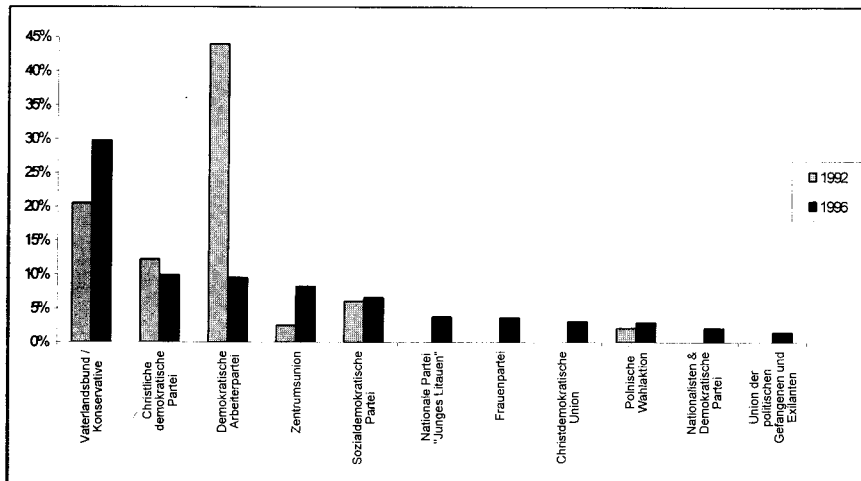
- Die Heimatunion (Tėvynės Sąjunga (Lietuvos Konservatoriai)) von Vytautas Landsbergis ist die Nachfolgeorganisation von Sąjūdis. Sie zeigt sich als eine stramm nationalistische Partei, die ganz hinter der Führerfigur von Landsbergis steht, und vertritt eine Mischung aus liberaler Politik mit klarer Akzentuierung litauischer Interessen.
- Litauens Christdemokratische Partei (Lietuvos Krikščionių Demokratai Partija) ist der derzeitige Koalitionspartner.
- Litauens Demokratische Partei der Arbeit (Lietuvos Demokratinė Darbo Partija) war stark dank ihrer Galionsfigur, dem 1992 zum Präsidenten gewählten Algirdas Brazauskas, der sich als einziger baltischer Kommunistenführer überhaupt in Amt und Würden halten konnte. Dies sicher auch deshalb, weil

¹³ Der redegewandte Bojārs tritt häufig in Fernsehdiskussionen auf und ist ein populärer Politiker, mit dem in der politischen Diskussion Lettlands immer gerechnet werden muss. Ferner ist er respektierter Dozent für internationales Recht an seiner eigenen Privatuniversität.

die Litauer mit dem Kommunismus nicht dieselbe Überfremdung und Bevormundung verbanden wie die Bürger in den nördlichen Nachbarstaaten. Die aus den Kommunisten hervorgegangenen Sozialdemokraten waren Anfang der 90er Jahre sehr stolz darauf, dass sie im Gegensatz zu den konkurrierenden Sozialdemokraten, die sich als historische Wiedergründung betrachteten, in die Sozialistische Internationale aufgenommen wurden.

- Die Litauische Demokratische Partei (Lietuvos Demokratø Partija) wiederum unterscheidet sich davon inhaltlich nur marginal. Sie ist eine typische Partei, deren Ideen Pamphletumfang nicht überschreiten und ist folglich auch nur mit einem direkt gewählten Kandidaten im Parlament vertreten.

Abb. 9: Dynamik der litauischen Parlamentsfraktionen



Innen- und Außenpolitische Faktoren der Entwicklung der Parteiensysteme

Nach dieser kurzen Darstellung von Parteien und Akteuren stellt sich die Frage, **welche Faktoren die Parteiensysteme in den baltischen Staaten beeinflussen. Was forciert eine Entwicklung in welche Richtung und wie wichtig sind ideologische Ansätze, Vorstellungen von Gesellschaft und Wirtschaft, wie wichtig sind Personen in den Transformationsstaaten?** Die meisten Untersuchungen **kommen zu dem Ergebnis, dass neben vielen Faktoren gerade Persönlichkeiten sehr stark über Erfolg oder Marginalisierung einer Partei entscheiden.** Daneben

gilt es, die Frage der Westintegration zu diskutieren wie auch die Interessenverflechtungen zwischen Staat und Wirtschaft, wie sie vor allem für Lettland typisch sind, als auch ein Blick auf die politischen Sandkastenspiele zu werfen, die vor allem Estland immer wieder zu erschüttern scheinen.

Faktor 1: Das Wahlsystem

Die Unterschiede zwischen den verwandten Wahlsystemen der baltischen Staaten scheinen auf den ersten Blick geringer als sie tatsächlich sind. Zwar wählen Estland und Lettland prinzipiell nach dem Verhältniswahlrecht, die Bestimmungen im einzelnen gehen jedoch auseinander. Das estnische Wahlrecht bildet dabei eine ungewöhnliche Methode des Proporz, die für den Wähler beim eigentlichen Wahlvorgang mitunter schwer nachzuvollziehen ist: Mit einer Partei werden nicht etwa automatisch bestimmte Kandidaten gewählt, sondern umgekehrt mit einem Kandidaten auch seine Partei. Dieses System ermöglicht allerdings eine vom Wähler völlig frei bestimmte Rangordnung der Politiker in der von ihm gewählten Partei. Die Auszählung findet in Mehrmannwahlkreisen mit überregionalen Verrechnungsmechanismen statt. Stimmen für nicht ins Parlament gelangende Politiker gehen der Partei nicht verloren. Gleichzeitig können Einzelpersonen ebenfalls kandidieren, deren überflüssige Stimmen dann aber gegebenenfalls verfallen. Etwas verblüffend ist nur, dass die Kandidatur von Unabhängigen erlaubt wird, gleichzeitig aber mit einer 5-Prozent-Hürde der Einzug kleiner Parteien ins Parlament verhindern werden soll.

Die Letten erlauben den Wählern, auf den Parteienlisten durch Ausstreichung oder Plus eigene Korrekturen vorzunehmen. Die Auszählung erfolgt in Mehrmannwahlkreisen, wobei die Zahl der Mandate sich nicht zuletzt nach der Wahlbeteiligung richtet. Den Kandidaten ihrerseits ist es gestattet, in mehreren Wahlkreisen gleichzeitig anzutreten, wobei sie freilich nur in jenen als gewählt gelten, wo das Ergebnis am besten ist.

Krass unterscheidet sich Litauen davon, das sich für ein Grabenwahlsystem entschieden hat, wo 70 der 141 Abgeordneten des Seimas nach Proporz mit einer 5-Prozent-Hürde, die restlichen 71 aber direkt in Einmann-Wahlkreisen mit Stichwahl bestimmt werden. Dabei gibt es eine Mindestwahlbeteiligung von 50% als Voraussetzung für die Gültigkeit, die regelmäßig unterschritten wird und eine komplette Wiederholung des Urnengangs erforderlich macht.

Einstweilen drängt sich der Eindruck auf, dass gerade das litauische Parteiensystem, in dem Einzelkandidaten, sei es unabhängig oder als Vertreter von Splitterparteien, ins Parlament gelangen können, am wenigsten zur Fragmentierung beiträgt. Obwohl es in beiden litauischen Parlamenten seit 1991 etliche einzelne

Abgeordnete gab. Offensichtlich beeinflusst dieser Faktor die Entwicklung nur bedingt. Dass just in den letzten Wochen und Monaten plötzlich die beiden Regierungsparteien, Christdemokraten und Vaterlandsunion, an inneren Konflikten zerbrechen und die Liberale Union großen Zulauf erhält, geschieht vom Wahlrecht völlig unbeeinflusst. Offen ist gegenwärtig aber noch, welche Folgen das Wahlrecht nach diesen Verwerfungen im Parteiensystem für den dieses Jahr anstehenden Urnengang hat.

Faktor 2: Westintegration im Spiegel von Meinungen und Politik

Die Westintegration, vor allem der Beitritt zur EU, wird vorwiegend von den Politikern vertreten. Das einfache Volk denkt schon bei dem Begriff Union häufig eher an die Sowjetunion, denn an etwas Positives. Oftmals herrscht große Unklarheit vor, was eigentlich diese EU ist, welche Vor- und Nachteile sie mit sich bringen könnte. Der estnische Außenminister Toomas Hendrik Ilves will darum ein Forum ins Leben rufen, wo die verschiedenen Interessengruppen zusammenkommen sollen und über die Folgen eines Beitritts zur EU beraten können. Andernfalls, so der Minister, könne es geschehen, dass bei den Verhandlungen Vereinbarungen getroffen werden, die gegen estnische Interessen verstoßen. Dem Forum gehören die Vertreter von nahezu 30 verschiedenen Organisationen an. Fest steht, dass die EU mit ihrer - auch in Westeuropa oft kritisierten - Landwirtschaftspolitik für historische Agrarländer wie die baltischen Staaten Probleme bringen wird. Nichtsdestotrotz ist es aber ebenso richtig, dass die Politik der einheimischen Regierungen, vor allem in Estland, die Landwirtschaft sowieso schon weitgehend vernichtet hat.¹⁴ Viele Bauern leben einfach in Subsistenzwirtschaft. Gleichzeitig gäbe es natürlich für die baltischen Landwirte die einmalige Chance, mit ihrer meist aus der Not geborenen umweltfreundlichen und extensiven Produktion westeuropäische Bedürfnisse nach ökologischen Produkten zu befriedigen. Einstweilen oszillieren Zustimmung und Ablehnung eines EU-Beitritts um die 50 Prozent.

Nach Umfragen der estnischen Agentur Saar Poll ist die Zahl der EU-Befürworter in Estland im Falle eines Referendums zwischen Mai und November 1999 von 30 auf 38 Prozent gestiegen. Dagegen würden mit 22 Prozent ein Prozent weniger dagegen stimmen. Die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft stieg im gleichen Zeitraum von 32 auf 39 Prozent. Besonders interessant ist der Umstand, dass unter den Nicht-Esten die Zustimmung von acht auf elf Prozent stieg und die Ablehnung um zehn auf 43 Prozent sank. 62 Prozent der Befragten

¹⁴ Zu diesem Thema äußerte sich während des Symposiums Professor Janno Reiljan von der Universität Tartu / Estland ausführlicher.

sind – meist zu recht – der Ansicht, über die Europäische Union zu wenig zu wissen. Zufrieden ist man mit der Umweltpolitik, mehr Information bedarf es bei den Vorschriften über Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dennoch denken immerhin 31 Prozent, dass es für Estland von Vorteil sei, sich an internationalen Unionen nicht zu beteiligen. Im Verhältnis 58 zu fünf Prozent halten die Esten wirtschaftlichen Erfolg und Wehrfähigkeit für eine wesentliche Voraussetzung, die Unabhängigkeit zu erhalten. Doch auch hier sind Zweifel geboten, denn anders als in Westeuropa tun sich die Demoskopen in den osteuropäischen Staaten noch schwer, mit Meinungen und ihrer Ernsthaftigkeit umzugehen. Auskunft geben, dazu noch ehrlich, gehört sicher nicht zu den Stärken osteuropäischer Gesellschaften nach 50 Jahren Sozialismus und Diktatur.

In diesem Zusammenhang ist auch der seit 1999 zwischen Estland und Lettland schwelende Konflikt in der Landwirtschaftspolitik zu erwähnen. Lettland versucht, durch Importzölle auf estnisches Schweinefleisch den eigenen Markt zu schützen, was auf Seiten des seit Frühjahr wieder als estnischer Ministerpräsident fungierenden Liberalen Mart Laar auf großes Unverständnis stößt. Der Versuch Lettlands, das eigene Handeln mit der früheren Aufnahme in die WTO zu begründen, droht die Affäre gänzlich ins Lächerliche zu ziehen, zumal auch die EU das lettische Handeln verurteilt hat. Auf der anderen Seite gab es auch einen innerestnischen Konflikt um die Unterstützung der Landwirtschaft, bei dem es in der Hauptstadt Tallinn vor dem Regierungs- und Parlamentssitz zu Bauernprotesten gegen die Landwirtschaftspolitik und damit auch gegen die EU kam. Die Opposition – im wesentlichen die Zentrumspartei – übernahm dabei die Rolle des Mentors.

Aber da auch die Partei Savisaars kaum den Integrationsprozess stoppen würde, kann konstatiert werden, dass mit Ausnahme der lettischen Sozialisten wirkliche Europafeinde in den baltischen Parlamenten nicht vertreten sind, was prinzipiell dafür spricht, dass eine Ablehnung der Integration letztlich doch nicht mehrheitsfähig wäre. Selbst die Partei der Volksharmonie in Lettland wäre vermutlich im Falle der Machtbeteiligung eine eher staatstragende Kraft. Allerdings ist es dieser Formation bisher kein einziges Mal gelungen, an die Macht zu kommen. Sie unterscheidet sich damit von allen im Parlament vertretenen Parteien Estlands und Lettlands, wo sonst alle Fraktionen wenigstens einmal eine Regierung entweder selbst gebildet oder unterstützt haben. Litauen fällt hier, mit einigen kleinen Parteien, die weder der einen noch der anderen Seite zur Mehrheitsfindung je erforderlich waren, ein wenig aus dem Rahmen.

Faktor 3: Wirtschaftliche Verflechtungen

Verquickung von wirtschaftlichen und politischen Interessen gehören zu den wesentlichen Vorwürfen, die vor allem in Lettland immer wieder erhoben werden.¹⁵ Schon früher gab es Mutmaßungen bezüglich Lettlands Weg, dessen Nähe zum Transitgewerbe, das in Verbindung mit dem Hafen Ventspils steht, die sicher auch nicht frei erfunden waren. Seit der Gründung der Volkspartei von Andris Ģīle, der seit Frühjahr 1999 Mehrheitseigner des wichtigen Ave-Lat-Lebensmittelkonzerns¹⁶ ist, wird dieses Thema in der Presse immer wieder aufgebracht und zu einer Gegnerschaft dieser beiden Lager hochstilisiert. Diese lässt sich jedoch logisch gar nicht begründen, denn beide Wirtschaftszweige stehen sich nicht entgegen. Ave-Lat hatte wegen der Russlandkrise 1998 und 1999 erhebliche wirtschaftliche Probleme, weshalb der frühere Hauptaktionär Eriks Masteiko vermutlich veranlasst wurde, einen Teil seiner über 58 Prozent Anteile an Ģīle zu veräußern, der nun rund 89 Prozent kontrolliert. Vorwürfe des Interessenkonfliktes kommen von allen politischen Gegnern, obwohl Ģīle im August 1999 die Verwaltung seiner Aktien an eine unabhängige Gruppe übertragen hat.

Die Volkspartei hat nach offiziellen Angaben die höchsten Einnahmen aller politischen Parteien. Die größten Spenden stammen dabei nicht von Unternehmen der Ave-Lat Gruppe, wenn auch viele Vertreter der beteiligten Unternehmen als Privatpersonen spenden. Die Lokalität der Firmen in der Hafenstadt Liepāja hat die Rivalität zwischen Ģīle und dem Bürgermeister der nach Einwohnern kleineren benachbarten Hafenstadt Ventspils, Aivars Lembergs, nur bestätigt. Ventspils hatte dank der Verschiffung russischen Öls über Jahre den größten Hafen des ganzen Baltikums. Erst jüngst läuft Muuga bei Tallinn den Letten den Rang ab.

Im Dezember 1999 sagte der Chef der Privatisierungsagentur, Jānis Naglis, dass die russische Lukoil, genauer das mit der Lettischen Schifffahrtsgesellschaft LASCO konkurrierende Unternehmen der Lukoil Gruppe, Lukoil Arctic Tanker, Interesse an der Privatisierung der Lettischen Schifffahrtsgesellschaft habe. Naglis gilt - obwohl Mitglied von Lettlands Weg - als Anhänger Ģīles und begrüßte öffentlich den Wunsch Lukoils, 44 Prozent von LASCO zu kaufen. Unternehmen aus Ventspils sind jedoch ebenfalls sehr interessiert. Ähnliche Kon-

¹⁵ Diese Frage wurde während des Symposiums insbesondere im Anschluss an den Vortrag von Dr. Zaiga Križjāne aus Riga diskutiert, was die Popularität dieses Themas in Lettland noch einmal unterstreicht.

¹⁶ Viele Unternehmen dieser Kette kontrollieren erhebliche Marktanteile mit ihrer Produktion. Wenn etwa die beiden Alkoholproduzenten Latvijas Balzams und Rigas Vini wie geplant fusionieren, würde diese neue Firma 65% des lettischen Alkoholmarktes kontrollieren. Die Süßwarenfirmen Laima und Uzvara wurden schon verschmolzen.

flikte gibt es bei der Eisenbahn, die derzeit von den großen Parteien und den **großen** Häfen kontrolliert wird.

Die Wurzeln des Konflikts liegen vermutlich in der Kontroverse Lembergs mit Ģīle während dessen erster Regierungszeit, als der Regierungschef die Rolle der Kommunen einschränken wollte. Dies geschah, nachdem Lembergs als Befürworter einer partei-unabhängigen Kandidatur Ģīles für das Amt des Ministerpräsidenten aufgetreten war. Hinzu kam die Privatisierung von Ventspils Naf-ta, dessen staatlicher Bevollmächtigter Lembergs ebenfalls war. Der Bürgermeister von Ventspils war entschieden gegen den Kauf durch die russische Lukoil, der von der damals an der Regierung beteiligten russlandfreundlichen Demokratischen Partei Hausherr forciert wurde.

Faktor 4: Politische Sandkastenspiele

Eine große Rolle spielen in den kleinen baltischen Ländern nicht nur die Protagonisten selbst, die sich in der Regel schon seit Jahren, ja noch aus sowjetischen Zeiten kennen, sondern auch deren Gedächtnis für "offene Rechnungen", die noch lange nachwirken können, wie die folgenden Beispiele aus der innen- und vor allem personalpolitischen Entwicklung zeigen.

Im Mai 1998 gründete der frühere Premierminister Andris Ģīle, der früher oft seine Distanziertheit zur Politik betont hatte, mit der Volkspartei seine eigene Partei, die mit 1.953 Mitgliedern auch die größte Partei Lettlands ist.¹⁷ Ģīle errang anschließend im Herbst 1998 einen relativen Wahlsieg mit über 20 Prozent der Stimmen, gelangte aber erst nach dem Fall der von Lettlands Weg geführten Regierung - mit Für Vaterland und Freiheit und Der Neuen Partei, die für einige Monate teilweise mit Unterstützung der Sozialdemokraten eine Anti-Ģīle-Koalition zu bilden versucht hatten, - an die Macht.

Seit dem Regierungsantritt der neuen Koalition, der Für Vaterland und Freiheit ebenso wie Lettlands Weg wieder angehören, ist die Popularität der Volkspartei mit vielen Auf- und Abbewegungen zwar gesunken, trotzdem aber führt sie regelmäßig in den Umfragen. Das ist bemerkenswert, wurde doch die Volkspartei von vielen nur als Ģīles Vehikel zur Rückkehr an die Macht betrachtet. Der Regierungschef hatte als parteiloser Kompromisskandidat in seiner anderthalb jährigen Regierungszeit von 1995 bis 1997 17 Minister abgesetzt, ehe er dann selbst von den Parteien seiner Regenbogenkoalition abgesetzt wurde, weil sein als autoritär empfundener Stil letztlich doch beim Volk ankam. Schon im Januar 1997 war es zu einer ersten Regierungskrise und dem Rücktritt Ģīles gekommen, der jedoch mangels alternativer Kandidaten von Präsident Guntis Ulmanis

¹⁷ Vgl. Bruiņtājs, Jānis: Volkspartei Lettlands. Profil einer Partei, Riga 1999.

gleich erneut mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Dīcle war populärer als die Parteien in seiner Regierung.

Als er 1998 trotz großen Wahlerfolges keine Regierung bilden konnte, wurde das baldige Ende seiner Partei prophezeit.¹⁸ Die Volkspartei machte in ihrem öffentlichen Auftreten während der achtmonatigen Regierung von Vilis Krištopans den Konservativen von Für Vaterland und Freiheit immer wieder Avancen. Man beteilige sich an keiner Regierung ohne diese Partei, hieß es. Am deutlichsten wurde diese Politik bei der Verabschiedung des umstrittenen Sprachgesetzes. Die Nationalisten wollten durchsetzen, dass alle öffentlich zugänglichen Veranstaltungen mit lettischer Übersetzung stattfinden müssen. Dieser Entwurf wurde auch mit den Stimmen der Volkspartei unterstützt, obwohl die im Sommer 1999 ins Amt gewählte Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga schon im Hinblick auf die internationalen Reaktionen und die Empfehlungen der OSZE ihren Widerstand angekündigt hatte. Sie wies das Gesetz ans Parlament zurück, wo eine deutlich liberalisierte Fassung von Lettlands Weg und der Volkspartei gegen Für Vaterland und Freiheit durchgesetzt wurde.

Vīķe-Freiberga war als Außenseiterin in einem Abstimmungsmarathon von sieben Wahlrunden ins Amt gewählt worden und bildete letztlich einen wesentlichen Auslöser für den Fall der Regierung von Vilis Krištopans. Für Lettlands Weg kandidierte der nach wie vor populäre Anatolijs Gorbunovs, der Komponist Raimonds Pauls für Die Neue Partei, deren offizieller Chef er ist, ohne wirklich in der Politik aktiv zu werden. Vaira Paegle war die Kandidatin der Volkspartei. In keinem der ersten fünf Wahlgänge konnte ein Kandidat die nötigen 51 Stimmen der Saeima auf sich vereinigen, obwohl der Kandidat mit dem jeweils schwächsten Ergebnis ab dem dritten Wahlgang nicht mehr kandidieren darf. Das ungewöhnliche Wahlrecht sieht allerdings nach fünf erfolglosen Runden die Möglichkeit vor, neue Kandidaten zu benennen, was Lettlands Weg mit Valdis Birkavs und Die Neue Partei mit ihrer Wirtschaftsministerin Ingrida Ūdre auch taten. Volkspartei und Für Vaterland und Freiheit nominierten die von Intellektuellen in der öffentlichen Diskussion schon lange vor dem Wahltag favorisierte Vīķe-Freiberga. Nachdem das Ziel der Regierungsübernahme mit Hilfe von Für Vaterland und Freiheit nun gelungen ist, sind die Spannungen mit der Volkspartei jüngst stärker geworden. Dīcle wird vorgeworfen, zwecks Bildung

¹⁸ Die Einstellung und die Weltanschauung des Premiers zeigt ein Auszug aus Dīcles Neujahrsansprache im lettischen Fernsehen vom 31. Dezember 1996: „...Deshalb würde ich auf die Frage, was wir machen können, folgendes antworten: Wenn Du fähig bist, den Spaten zu heben, dann mach das. Beginn mit Dir selbst – wasch Dich und flick Dein Hemd, repariere Deinen Zaun. Bevor Du die Gemeindeleitung um Geldunterstützung fragst, mäh die Nesseln um Dein Haus. Beginn mit Selbstdisziplin! Liege nicht faul im Bett, wenn Du aufstehen sollst, starre nicht den Fernseher an, wenn Du lernen kannst, und wenn Du hundert LAT verdient hast, investiere sie günstig und gib sie nicht unsinnig aus.“

einer neuen Koalition ohne die Konservativen Kontakt zu den Sozialdemokraten aufgenommen zu haben, was der Regierungschef einstweilen aber bestreitet.

Deutlich zeigen sich die Sandkastenspiele auch in Estland, wo erst 1999 sowohl die Parlaments- als auch die Kommunalwahlen stattfanden. Innenpolitische Streits haben hier ganz erheblich die örtlichen Rathauskoalitionen sowie die nationale Regierung beeinflusst. Die Spitzenpolitiker agieren auf beiden Ebenen und sorgen für langwierige Koalitionsverhandlungen, wie schon einmal 1995 und 1996, als zwischen den Parlaments- und Kommunalwahlen jedoch ein Jahr Abstand lag. Zwar heißen die Parteien auf den beiden Ebenen nicht immer gleich, aber es gibt zumindest Listenkoalitionen, die ihrerseits wesentlich von einer der im Parlament vertretenen Parteien beeinflusst werden.

Mit den jüngsten Urnengängen haben sich deutlich Lager gebildet. Die Zentrumspartei des früheren Volksfront-Ministerpräsidenten Edgar Savisaar errang einen relativen Sieg in beiden Wahlen von 1999 und wurde im Parlament Riigikogu sowie im Tallinner Stadtrat größte Fraktion. Das allein reicht jedoch nicht aus, wenn es an potenten Partnern mangelt. So konnten Mart Laar, Siim Kallas und Andres Tarand eine Koalition auf nationaler Ebene formen und sich auch im Stadtrat der Hauptstadt durchsetzen, wo sie immerhin eine russische Fraktion und die vorher auf beiden Ebenen regierende Allianzpartei auf ihre Seite ziehen konnten.

Eine vergleichbare Koalition gab es nach den Kommunalwahlen von 1996 bereits zwischen Vaterland, Reformpartei, Moderaten und der Allianzpartei in Tallinn. Vorsitzender des Stadtrates war Mart Laar, der von 1992 bis 1994 auch als Ministerpräsident agierte. Bürgermeister wurde Priit Vilba von der Reformpartei. In Koalition mit der Zentrumspartei stellte die Allianzpartei mit Tiit Vähi damals auch den Ministerpräsidenten. Vähi wechselte nach dem Skandal Savisaars den Partner gegen die Reformpartei, und Siim Kallas wurde Außenminister. Das war die Konstellation zum Zeitpunkt der Kommunalwahlen. Unter diesen Umständen konnte sich Edgar Savisaar im Tallinner Stadtrat schon zwei Wochen nach Laars Wahl via Misstrauensvotum zum Vorsitzenden des Stadtrates aufschwingen, während Robert Lepikson von der Allianzpartei Bürgermeister wurde.

Dabei sind die drei Koalitionäre keineswegs unbeschriebene Blätter. Am 14. September wie auch am 27. Oktober scheiterte der um je einen Vertreter des Verwaltungs- und des Zivilkollegiums verstärkte sechsköpfige Kriminalsenaat des Staatsgerichtshofes mit einer Entscheidung im Prozess gegen Siim Kallas. Der Finanzminister und frühere Außenminister wird beschuldigt, während seiner Zeit als Chef der Estnischen Zentralbank bei Finanztransaktionen im Ölgeschäft über die Schweiz 10 Millionen US-Dollar Staatskapital verloren zu haben. Zwei Tage später waren sich die Richter einig, dass Siim Kallas seine damalige Position im strafrechtlichen Sinne nicht kriminell ausgenutzt habe. Damit bestätigte

der Staatsgerichtshof den Freispruch des Tallinner Stadtgerichts vom 5. März und des Tallinner Regionalgerichtes vom 13. April vergangenen Jahres.

Der Historiker Mart Laar ist seinerseits in Kritik geraten, weil er ein Schulbuch veröffentlicht hat, in dessen Abschnitt über die Wiedererlangung der Unabhängigkeit nur Personen seines politischen Lagers erwähnt werden. Es fehlt beispielsweise der damalige Ministerpräsident Edgar Savisaar.

Nach der Wahl vom 17. Oktober 1999 nun ist die Pattsituation im Rathaus noch dramatischer. Die auf Landesebene regierende Koalition aus Vaterland, Reformpartei und Moderaten unter Mart Laar, die von der Presse "Dreierkoalition" genannt wird, versucht zu verhindern, dass die sowohl bei der Riigikogu-Wahl Anfang des Jahres als auch in Tallinn relativ siegreiche Zentrumspartei, deren Chef Savisaar dem Stadtrat nach wie vor vorsah, an der Macht bleibt. Der Chef der russischen Volkswahl, Viktor Andrejew, bestätigte, ohne seine Liste gehe in der Stadt nichts. Erste Gespräche mit Savisaar und der Allianzpartei blieben aber erfolglos, zumal Volkswahl, Allianzpartei und Zentrumspartei mit 32 Sitzen im Stadtrat nur exakt so stark sind, wie die Dreierkoalition mit der zu ihr neigenden russischen Fraktion Volksvertrauen.

Obwohl die Mehrheitsverhältnisse in der zweitgrößten estnischen Stadt Tartu sehr viel deutlicher ausfielen, kam es bei den Verhandlungen über die Bildung einer Koalition auch dort zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Ministerpräsident Mart Laar und dem Tartuer Bürgermeister Andrus Ansip, dessen Reformpartei die Wahl in der Universitätsstadt im Unterschied zur Hauptstadt deutlich vor der Vaterlandsunion gewonnen hatte. Laar verlangte von der Reformpartei in Tartu ultimatив, die Macht müsse mit der Vaterlandsunion geteilt werden. Die bisherige Koalition aus Reformpartei, Zentrumspartei und der um die Allianzpartei gebildeten Liste Tartu 2000 müsse unbedingt durch die selbe Dreierkoalition wie auf Landesebene ersetzt werden. Von den 49 Sitzen in Tartu hat die Reformpartei 20 bekommen. Mit den 14 der Vaterlandsunion gäbe dies eine solide Mehrheit.¹⁹ Der Grund für die Probleme liegt in dem damals schwelenden Streit zwischen den Koalitionspartnern über die Polizeireform, in dem sich der Tartuer Bürgermeister und der damals noch im Amt befindliche Innenminister Jüri Mõis von der Vaterlandsunion gegenüberstanden. Ansip forderte erneut von Laar, auf den Abbau von Polizeikräften in Tartu zu verzichten und eröffnete Koalitionsverhandlungen mit der Laar verhassten Zentrumspartei, die sich von fünf auf neun Sitze im Stadtparlament gesteigert hatte. Der Druck aus Tallinn und die Reduzierung der zu streichenden Polizeistellen in Tartu führten letztlich doch zu der von Laar geforderten Machtteilung in Tartu.

¹⁹ Laar soll dem Bürgermeister gedroht haben, der Koalition in Tartu sonst das Leben schwer zu machen. Der örtliche Vaterland-Chef bestätigte, dass bei der Unterredung sowohl Ansip als auch Laar laut geworden seien, während der ebenfalls anwesende Finanzminister Kalles geschwiegen habe.

Die Zusammensetzung der Kommunalparlamente ist in Estland auch wegen der Regelung der Präsidentschaftswahlen von überregionaler Bedeutung. Die geforderte Mehrheit von drei Fünfteln in Riigikogu lässt sich bei der Vielzahl an Parteien kaum je erreichen. Ist aber das nationale Parlament nicht in der Lage, sich auf einen Kandidaten zu einigen, wird automatisch ein Wahlgremium gebildet, dem die Riigikogu-Abgeordneten sowie die Volksvertreter der kommunalen Ebene angehören. Dieses Gremium hatte schon 1996 in einer längeren Sitzung Lennart Meri für eine zweite Amtsperiode bestätigt.

Während in Estland alle Parteien schon einmal mehr oder weniger mit allen koalitiert haben, von denen sich die Zentrumspartei abzusetzen beginnt, ist in Lettland beständig das konservativ-liberale Lager an der Macht. Lettlands Weg war an allen Regierungen seit 1993 beteiligt, obwohl auch hier Fronten überwunden wurden. Hatte sich im ersten Parlament gegen die Staatsbürgerrechtspolitik der Regierungen von Valdis Birkavs und Māris Gailis von Lettlands Weg eine Oppositionskoalition unter dem Namen Nationaler Block formiert, endete diese Gegnerschaft mit der darauffolgenden Wahl und dem zersplitterten Ergebnis in Anbetracht des gemeinsamen Widerstandes gegen Ēevers und Siegerist. Der Nationale Block fand sich plötzlich gemeinsam mit dem bis dahin noch bekämpften Lettlands Weg im gleichen Lager, dem die im Nationalen Versöhnungsblock vereinigte Opposition gegenüberstand. Doch auch diese Einteilung überlebte nicht lange, da sowohl der Kandidat der um Nasenlänge stärkeren nationalen Seite, Māris Grīnblats, als auch sein Gegner, Ziedonis Ēevers, nicht in der Lage waren, eine Mehrheit für ihr Kabinett zu bekommen. Folglich wurde die schon erwähnte Koalition unter Dīcle gegründet, an deren beiden Rändern sich die Radikalen um Siegerist sowie die Partei der Volksharmonie allerdings verliefen. Obwohl es sich ideologisch um den rechten und linken Flügel des Parlamentes handelte, hatten beide Ēevers unterstützt. Als wenn das nicht schon überraschend genug gewesen wäre, verblüffte damals die plötzliche Bereitschaft Ēevers und des Chefs der agrarischen Partei der Einheit, Alberts Kauls, ihren Versöhnungsblock für die Beteiligung an der Macht aufzugeben.

Aber auch auf der Seite der Nationalisten gab es überraschende Veränderungen. Die führende Kraft des früheren oppositionellen Nationalen Blocks, Für Vaterland und Freiheit, die sich bis heute in einer Koalition mit Lettlands Weg befindet, trägt im Prinzip seither alle jene Beschlüsse mit, gegen die sie jahrelang so vehement gekämpft hatte. Auch auf die Niederlage im Referendum von 1998 reagierte die Partei nicht mit dem Gang in die Opposition. Statt dessen fanden sich die in der Kampagne mit diametral entgegengesetzten Wahlempfehlungen werbenden Parteien nach den Wahlen in einer gemeinsamen Regierung wieder, erst als Minderheitskabinett ohne Dīcle, dann unter seiner Führung.

Die jüngsten Wahlen zeigten jedoch generell wieder viel Bewegung im System: Die beiden Sieger der Wahlen von 1995, Ēevers und Siegerist, sind von der poli-

tischen Landkarte verschwunden, statt dessen gibt es drei vollständig neue Fraktionen im Parlament. Die Volkspartei von Ģīle und Die Neue Partei von Ainārs Dlesers unter dem bekannten Komponisten Raimonds Pauls sind zwei just im Vorfeld der Wahl neu gegründete Parteien. Darüber hinaus gibt es einen Neuzugang im Parlament, der dort zwei Legislaturperioden nicht vertreten war. Das sind die Sozialdemokraten unter der faktischen Führung von Juris Bojārs, der wegen seiner kommunistischen Vergangenheit aber nicht kandidieren darf. An seiner Stelle ist der Führer der alternativen Sozialdemokratie (LSDSP), Egils Balzens, Chef der Fraktion, der mit der LDDP - der aus den früheren Kommunisten hervorgegangenen Sozialdemokratie - paktiert.

In Estland war mit der Degradierung der Allianzpartei prinzipiell ähnliches zu beobachten, im Stadtrat von Tallinn kommt die regierende Koalition ohne die beiden Abgeordneten der früheren Regierungspartei jedoch nicht aus.

Im Januar 1999 beklagte der litauische Parlamentspräsident, Vytautas Landsbergis, die Spaltungspolitik im Regierungslager durch den seit 1996 amtierenden Ministerpräsidenten Gediminas Vagnorius, der sich aus der Politik zurückziehen müsse. Die innerparteilichen Konflikte zwangen Vagnorius tatsächlich kurz darauf zum Rücktritt. Als trotzdem die Kritik nicht endete, kam es zu Spekulationen der Presse über einen Rückzug Landsbergis' aus der Politik, was den neuen Ministerpräsidenten Andrius Kubilius zum starken Mann machen würde. Landsbergis dementierte, doch Kubilius äußerte sich bereit, auch die Leitung der Partei zu übernehmen. Der Konflikt zwischen Vagnorius und Landsbergis dauert folglich schon mehrere Jahre. Der frühere Ministerpräsident war zu Volksfrontzeiten schon einmal Regierungschef gewesen, so auch in der Barrikadennacht am 13. Januar 1991, als die sowjetischen Panzer durch Vilnius rollten und mehrere Menschen starben. Und obwohl Vagnorius derzeit nur als ordentliches Mitglied der Partei und Abgeordneter im Seimas sitzt, hat er noch immer viel Einfluss in der Partei. Diese Probleme um Landsbergis haben schon Tradition. Während die Sozialisten zwischen 1992 und 1996 nur einmal kurz vor den Wahlen einen neuen Ministerpräsidenten benennen mussten, als der Amtsinhaber wegen eines Bankenskandals zurücktrat, stellten die Anhänger von Landsbergis seit Sąjūdis-Zeiten mit Kazimiera Prunskienė, Gediminas Vagnorius, Aleksandras Abišala, Rolandas Paksas und Andrius Kubilius bereits unzählige Regierungschefs.

Während die Heimatunion von Landsbergis mit inneren Problemen kämpft, wird auch ihr Koalitionspartner, die Christdemokraten, zunehmend von Zerwürfnissen erfasst. Feliksas Palubinskas verließ die Fraktion der Christdemokraten und trat im Januar einer schon vorher abgesplitterten Fraktion bei, in der sich die radikalen Christdemokraten versammelt haben. Die Zerstrittenheit des konservativen Lagers blieb auch nicht ohne Folgen für die Popularität. Die regierende Koalition der Konservativen und der Christdemokraten hatte zu Jahresanfang 2000

bei der Bevölkerung das Vertrauen verloren. Die Konservative Partei sank in Umfragen auf 4,8 Prozent. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Anhänger der Liberalen Union Litauens, dessen Vorsitzender seit Dezember das ehemalige Mitglied der Konservativen und Ex-Premier Rolandas Paksas ist, von 4,7 Prozent im November auf 14,7 Prozent im Dezember. Paksas war 1999 nach kurzer Amtszeit trotz seiner Popularität zurückgetreten, weil er den Vertragsabschluß mit Williams nicht unterstützen wollte.

Am 20. Dezember wurde eine neue Konservative Partei von jenen Mitgliedern gegründet, die Ende 1998 von der Landsbergis-Partei ausgeschlossen worden waren. Die neue Partei heißt Vaterlandspartei des Volkes, und Vorsitzende wurde Laima Andrikienė, ein langjähriges Mitglied der Volksfront und Ministerin für Europäische Angelegenheiten von 1996 bis 1998. Sie war gemeinsam mit ihrem Gatten wegen Aktionen gegen die Konservative Partei ausgeschlossen worden.

Auch von den Sozialdemokraten hat sich der Flügel Soziale Demokratie 2000 abgespalten.

Fazit

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass alles nach wie vor in Bewegung ist, und die Frage der europäischen Integration eine bedeutend geringere Rolle spielt als die des täglichen Überlebens. Die Menschen sind relativ unpolitisch und haben gleichzeitig eine sehr verbreitete Meinung gegen die Politik als solche. Es fehlt an der Einsicht, dass die zerklüfteten politischen Verhältnisse letztlich eine Folge der gesellschaftlichen Zustände sind. In Estland ist trotzdem unter allen im Parlament vertretenen Parteien die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen weiter verbreitet als in Lettland, wo der Modernisierung immer wieder heftige Widerstände entgegentreten, die politische Entscheidungen blockieren.

In der Summe beweist das, wie sehr die Erwartungen der Menschen in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit enttäuscht wurden. Weitere Indizien dafür sind die niedrige und immer noch sinkende Wahlbeteiligung beispielsweise in Estland, wie eine am Vorabend der letzten Kommunalwahl am 17. Oktober 1999 veröffentlichte Statistik zeigt²⁰, sowie auch die häufigen Regierungswechsel. Einziger Trost ist die ganz ähnliche Entwicklung in den anderen Transformationsstaaten Osteuropas, wo ebenfalls mit jeder Legislaturperiode seit der Wende eine neue Regierung ins Amt gewählt wurde. Die Bestätigung einer amtierenden Regierung lässt einstweilen noch auf sich warten, wobei für die Festigung der Demokratie freilich spricht, dass mehrfach in der übernächsten Periode

²⁰ Vgl. Postimees, 16.10.1999.

die vorherige Regierung wiedergewählt wurde, teilweise sogar mit den gleichen Persönlichkeiten - in Estland zum Beispiel Mart Laar, der gegenwärtig seine zweite Regierung führt. In Estland scheint dieses Phänomen besonders verbreitet zu sein, denn hier sind mit Edgar Savisaar und Tiit Vähi noch mindestens zwei weitere Persönlichkeiten zu nennen, die im Laufe der Jahre immer wieder in verschiedenen Ämtern aufgetaucht sind. Bei den südlichen Nachbarn beschränkt sich diese Beobachtung einstweilen auf Andris Ģīle.

Angesichts der zu beobachtenden ständigen Veränderungen im Parteiensystem geben die Annahmen von Lipset und Rokkan paradoxerweise heftigen Anlass zu Zweifeln, ob sich bei der für Osteuropa typischen schwachen Unterstützung einer bestimmten Partei je ein System entwickelt, das diesen Namen verdient. In negativer Anknüpfung an das cleavage-Modell verweisen Evans und Whitefield auf den "missing-middle-approach"²¹, der das Fehlen einer sozial diversifizierten Gesellschaftsstruktur in den postsozialistischen Staaten konstatiert. Zeruolis schreibt über Litauen, die Herausbildung eines Parteiensystems "takes place not in a society of cross-cutting cleavages but in the socio-political vacuum"²², eine soziale Verwurzelung kann folglich nicht Grundlage des Wahlverhaltens sein. Außerdem werden politische Parteien begrifflich oft mit der früheren Einheitspartei assoziiert. Ein tief sitzender "Anti-Parteien-Effekt"²³ erschwert eine Identifikation der Bevölkerung mit den Parteien zusätzlich. Gesellschaftliche Konfliktlinien sind erst in den letzten Jahren entstanden. Langsam lässt sich nicht nur zwischen den Protegierten des alten Systems und seinen Opfern differenzieren, sondern auch zwischen Neureichen und Verlierern des Systemwechsels. Eine für viele unerwartete Entwicklung, mit der Hardo Aasmäe in einem Gespräch mit der Zeitschrift "Luup" den Erfolg des Populisten Edgar Savisaar im März 1999 in Estland erklärt. "Auf dem Sängerplatz hatte jeder von der Zukunft Estlands eine andere Vorstellung. Die einen meinten, dass die Russen von hier verschwänden, andere nahmen an, dass die Kolchosarbeiter auch künftig zwei mal mehr verdienten als die Städter, die dritten meinten, die Grenzen gehen auf und das Geld fließt und die Einkommen werden steigen, die vierten stellten sich vor, wenn in Estland selbst entschieden würde, dann wäre das in jedem Fall besser, als irgendwo anders, die fünften meinten, die Amerikaner werden aus der Krise helfen."²⁴

Ebenso wie in anderen Transformationsstaaten ist auch für das Baltikum typisch, dass Personen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. "This is the

²¹ Evans, Geoffrey; Whitefield, Stephen: Identifying the Bases of Party Competition in Eastern Europe, in: British Journal of Political Science 23/94, S. 521-548, hier S. 528.

²² Zeruolis, Darius: Change and Stability in Emerging East European Party Systems. What the Relevance of West European Party Models, Msc Dissertation, The London School of Economics and Political Science, S. 5.

²³ Beyme, Klaus von, FN 1, S. 279.

²⁴ Luup, 22.03.1999 (aus dem Estnischen).

only objective option for the voter, if the party system is in embryonic phase of the development.”²⁵ Unter diesen sind sowohl Politiker, die schon vor der Wende im alten System erfolgreich hohe Positionen bekleidet haben, als auch jene Aktivisten, die erst im Verlaufe der politischen Umwälzungen in die Politik kamen. Bis in die Gegenwart werden populäre Politiker ermutigt, durch die Gründung einer eigenen Partei ihre politischen Feinde zu isolieren und die eigene Spitzenposition zu sichern. So sind Spaltungen wegen persönlicher Rivalitäten oft häufiger als Zusammenschlüsse ideologisch ähnlicher Gruppen.²⁶ Dabei war es schon zu Beginn der neuen Unabhängigkeit weniger wichtig, ob die Parteien an die Traditionen alter Blockparteien oder an die bekannter Vorkriegsparteien anknüpften. Unwichtig war auch, ob sich in den meist knappen Parteiprogrammen jene Anliegen wiederfinden, die per Akklamation im Namen der Partei unter das Volk gebracht werden, wie Broks für ein konkretes Beispiel feststellt: “The political elite which formally represents farmer’s interests does not have an adequately detailed or constructive program of agricultural development.”²⁷

Erst in jüngster Zeit gibt es vorwiegend in Lettland Neugründungen mit unterschiedlichsten Namen, die jedoch oft gute Aussichten auf Erfolg haben. Das ideologische Vakuum erzeugt eine große Beliebtheit im Kombinieren unterschiedlicher Inhalte.²⁸ Unzufriedenheit über den zu langsamen und entbehrungsreichen Wandel von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der Diktatur zur Demokratie können jederzeit von heute auf morgen einen neuen Stern aufgehen lassen, während die alten schnell in der Versenkung verschwinden. Die beiden Gewinner der lettischen Wahl von 1995, Joachim Siegerist als nicht wählbarer Exponent der von ihm finanzierten gleichnamigen Partei und die Demokratische Partei Hausherr, bekamen drei Jahre später nicht einmal zwei Prozent. Von einer Parteiendemokratie kann also keine Rede sein. Persönlichkeiten entscheiden über Existenz oder Marginalisierung von (ihren) Parteien. Dieter Segerts vorsichtige Formulierung, “auch einzelne Personen werden (...) ihre Spuren hinterlassen”²⁹, kann folglich mühelos schärfer formuliert werden. Die osteuropäischen Parteienlandschaften und ihre Dynamik können das zufällige Ergebnis der Vorlieben populärer Politiker sein, deren Animositäten ihrerseits oft über Koalitionen entscheiden und auf diese Weise das politische System nicht nur determinieren, sondern sogar mitunter destabilisieren können.

²⁵ Semanis, Einars: The Transition of Political Regime in Latvia. Pre-election Situation in 1993, Riga 1993, S. 9.

²⁶ Vgl. Juchler, Jacob, FN 3, S. 127.

²⁷ Broks, Jānis u.a.: The Formation of New Political Systems and the Question of Democratic Stability. The Case of Latvia, S. 16.

²⁸ Vgl. Juchler, Jacob, FN 3, S. 137.

²⁹ Segert, Dieter: Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Antrittsvorlesung an der Humboldt-Universität Berlin, 29.11.1993, S.31.

Mattuschs These, Parteien seien Interessenmaximierer bestimmter Klientel³⁰, ist zu widersprechen, denn es handelt sich oft eher um konkrete Partikularinteressen einzelner Personen oder Firmen. Das zeigen die jüngeren Regierungskrisen in Lettland, wo es im Frühjahr 1999 einen Konflikt über die Privatisierung des Energielieferanten Latvenergo zwischen dem Chef der Privatisierungsagentur und dem Bürgermeister von Ventspils gab, die beide der Regierungspartei "Lettlands Weg" angehören, respektive als Finanzier und Sympathisant gelten. Der Streit brachte durch das Handeln des zu einem kleinen Koalitionspartner gehörenden, aber für Latvenergo zuständigen Wirtschaftsministers gegen die Weisungen des Ministerpräsidenten von Lettlands Weg beinahe die gesamte Exekutive zu Fall. Nachdem es inzwischen eine andere Regierungskoalition gibt, schaukeln die Spitzenpolitiker verschiedener Parteien zur Zeit Gerüchte über den Eintritt der Neuen Partei in die Regierung und den eventuell damit verbundenen Rückzug von Für Vaterland und Freiheit hoch. Auch diese Spekulationen sind verbunden mit der Frage, ob Jānis Naglis seine Position behält oder nicht. Freilich ist Naglis selbst an der Gerüchteküche nicht unbeteiligt. Einstweilen drängen diese Personaldiskussionen dringend anstehende Entscheidungen, wie die Verabschiedung der gesetzlichen Grundlage für eine Verwaltungs- und Gebietsreform, auf die Wartebank. Die Entwicklung des Parteiensystems wird durch solche Sandkastenspiele geradezu zum Spielball jener Zufälle, wer wann welche Idee umsetzt.

Und just die jüngsten Entwicklungen in Litauen machen eines deutlich: Das Kommen und Gehen von Persönlichkeiten – die einen scheiden aus Altersgründen aus, dafür rücken junge Nachwuchspolitiker nach³¹ – lässt einstweilen keine Schlüsse zu, ob weiterhin Parteien in der Versenkung verschwinden und neue auftauchen, und wenn ja, welche das sein könnten. Es ist nicht einmal zu vermuten, dass Edgar Savisaars kürzlich geäußerte Prognose, neben der Zentrumspar-tei werde nur eine weitere Partei in Estland übrig bleiben, auch nur von ihm selbst ernst genommen wird. Zu Recht ist die Behauptung ohne weitere Reaktionen verhallt.

³⁰ Vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme, in: Segert, D. (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S. 93-118, S. 93.

³¹ Dīgle löste 2000 mit der Ernennung Māris Vītols' zum Bildungsminister eine Diskussion aus, weil dieser noch nicht einmal 30 Jahre alt ist.

ERROR: syntaxerror
OFFENDING COMMAND: --nostringval--

STACK:

/Title
()
/Subject
(D:20090415090333+03'00')
/ModDate
()
/Keywords
(PDFCreator Version 0.9.5)
/Creator
(D:20090415090333+03'00')
/CreationDate
(reetz)
/Author
-mark-